

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Vorbestellung 3 Mk. zuzüglich Abgabe 16 Pf. Alle Verkauften Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: Die halbspaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4 spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 spaltige Reklamazeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachverlegungsgebühr 20 Goldpfennig. Versand und Platzveränderungen werden nach Möglichkeit annehmlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 224. 85. Jahrgang. Telégr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 24. September 1926

Polizei und Staatsbürger.

Ein Amerikaner hat einmal vor dem Kriege ein großes Loblied auf die Polizei in Deutschland gesungen und sie in ehrenden Gegensatz etwa zum amerikanischen Polizisten gestellt. Damals rekrutierte sich die Polizei noch durchgehend aus Militärwärtern, die erst im besten Mannesalter in ihre zum Teil sehr verantwortlichen Stellen kamen. Aber damals war auch das Publikum ein anderes, stießen die Polizeibeamten nicht auf die Widerstände, mit denen sie heute täglich zu kämpfen haben. Damals galt der Schutzmann als der besonders geschätzte Träger der Staatsautorität. Dieses frühere fast patriarchalische Verhältnis ist jetzt nicht mehr vorhanden.

Das Personal der Schutzpolizei ist jetzt ein anderes geworden, anders wurde aber auch das Publikum, mit dem die Schutzpolizei zu tun hat. Dazu kommen die überaus großen Schwierigkeiten, die seit sieben Jahren von der Entente gemacht werden und die unsere Schutzpolizei nicht zur Ruhe kommen lassen. Immer und immer wieder mussten Umorganisationen stattfinden, schiebten offene und geheime fremde Kontrollen bei unserer Schupo herum, mußten die Ausbildungsanforderungen auf Befehl der Entente geändert, die Zahl der Schupo Beamten herabgesetzt werden. Dabei sind die Anforderungen, die an die Schupo gestellt werden, nicht bloß im Innendienst, sondern vor allem im Außendienst erheblich höher als früher. Nicht bloß ist der Kampf mit dem Verbrechertum weit erbitterter geworden, wurden die Hilfsmittel, mit denen dieses Verbrechen arbeitet, täglich vollkommen — die internationale Polizeiausstellung in Berlin liefert augenblicklich hierfür ein überaus reiches Anschauungsmaterial — sondern der Polizeibeamte von heute hat nicht mehr die unbedingte Autorität wie früher. Die Schuld hierfür liegt auf beiden Seiten. Es soll anerkannt werden, daß seitens der vorgesetzten Behörden vieles geschieht, um den Polizeiorganen einzuschärfen, daß sie sich immer als Diener des Staates zu fühlen sollen, daß sie zum Schutz des Staatsbürgers da sind, daß die Rechte, die sie genießen, andererseits Verpflichtungen in sich schließen. Ingegeben werden muß auch, daß diese Maßnahmen nicht ohne Wirkung geblieben sind, daß vieles besser wurde im Verhältnis zwischen Polizei und Staatsbürger. Zu begründen ist ferner, daß im Kampf gegen das Verbrechen seitens der Polizei immer größeres Gewicht gelegt wird auf die freiwillige Mitarbeit des Publikums, ohne daß die Polizei fürchtet, sich dabei etwas zu vergeben. Es wäre zu wünschen, daß dieser Weg innegehalten wird und daß damit das Verhältnis zwischen Polizei und Staatsbürger sich zu einem immer besseren gestalten möge.

Die Zusammenarbeit ist aber auch besonders deswegen notwendig, weil die von der Entente erzwungene weitgehende Beschränkung unserer polizeilichen Einrichtungen an den Trägern der Polizeigewalt auch Anforderungen stellt, die weit größer sind wie früher. Wir wollen nicht einmal von jenen sprechen, als die Polizei an die Aufgabe herantrat, sich gegen innere Unruhen zu wenden. Vor der Polizei sollten parteipolitische Auseinandersetzungen halmachen, weil die Polizei sich lediglich als Führer der überparteilichen Autorität des Staates zu fühlen hat. Genau wie das Heer muß daher die Polizei von jeder parteipolitischen Beeinflussung ferngehalten werden, gleichgültig, woher die Beeinflussung kommen mag. Trotzdem wird noch vielfach darüber gelaugt, daß diese Fernhaltung von der Parteipolitik, daß die unparteiliche Behandlung des Staatsbürgers gegenwärtig nicht so durchgeführt ist, als man das wohl verlangen sollte. Es soll hier nicht entschieden werden, ob diese Klagen mit Recht oder mit Unrecht erfolgen, ob immer alles geschieht, um die Parteipolitik auszuschalten und fernzuhalten. Es würde aber viel dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Polizei und Staatsbürger zu einem guten zu machen, wenn diese Bestrebungen einer Entpolitisierung der Schutzpolizei energisch durchgeführt werden.

Ankauf der Anleiheablösungsschuld.

Der Reichsfinanzminister wird entsprechend einem Wunsche des Haushaltsausschusses des Reichstages in den nächsten Tagen eine Bekanntmachung über den Ankauf von Anleiheablösungsschuld und Auslosungsrechten betagter Leute erlassen. Im Inland wohnende deutsche Staatsangehörige, die älter als 65 Jahre sind, ein Vermögen von weniger als 20 000 Mark haben und im Kalenderjahr 1925 ein Einkommen von weniger als 3000 Mark hatten, können die Ablösungsschuld und die Auslosungsrechte, die sie als Besitzer von Markanleihen des Reiches zugeteilt bekommen haben, bei den Finanzämtern verkaufen. Der Kaufpreis beträgt 40 Mark für je 12,50 Mark Nennbetrag der Anleiheablösungsschuld einschl. der Auslosungsrechte und liegt damit über den Preis, der zurzeit im freien Verkehr der Börse für die Auslosungsrechte genannt werden. Er entspricht einem Satz von 8 % des Nennbetrages der alten Markanleihen, für die die Auslosungsrechte ausgegeben werden. Der Höchstnennbetrag der Auslosungsrechte, den ein einzelner Gläubiger

Vor wichtigen Beschlüssen.

Dr. Stresemann in Berlin.

Empfang beim Reichspräsidenten. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist am Donnerstag nachmittag wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen. Dr. Stresemann hatte gebeten, von einem offiziellen Empfang am Bahnhof abzusehen, und seinen Wunsch damit begründet, daß die gesamte deutsche Delegation noch in Genf sei und daß eine feierliche Begrüßung der ersten deutschen Völkerverbunddelegation in der Heimat allen Mitgliedern gelten müßte.

Kurz nach seiner Ankunft in Berlin hat sich Dr. Stresemann zum Reichspräsidenten begeben, dem er einen vorläufigen Bericht über die in Genf und in Thoiry betriebene Politik erstattete. Am Freitag wird dann Dr. Stresemann in einem großen Kabinettsrat dem Reichskabinet Bericht über die Völkerverbundtagung und die mit Briand besprochenen Fragen erstatten. Es ist damit zu rechnen, daß nach dem Kabinettsrat ein amtliches Kommuniqué über die Stellung des Kabinetts zur Außenpolitik des Außenministers veröffentlicht wird. Das Reichskabinet wird in den nächsten Tagen noch weitere Sitzungen abhalten, um sich mit dem Gesamtkomplex der Außenpolitik in allen Einzelheiten zu beschäftigen. Da die Regierung über die Grundlinien dieser Politik bereits durch den Staatssekretär Pänder vor einigen Tagen unterrichtet worden ist, kann man auf Grund des in politischen Kreisen vorherrschenden allgemeinen Eindrucks annehmen, daß die Reichsregierung sich dem Standpunkt des Außenministers in allen Punkten anschließen und den Außenminister beauftragen wird, die eingeleiteten Besprechungen über den deutsch-französischen Ausgleich baldmöglichst fortzusetzen. Die weiteren Schritte in dieser Frage könnten allerdings erst Anfang Oktober unternommen werden, da der Reichsaußenminister in der zweiten Hälfte der nächsten Woche an dem völkerverbündlichen Parteitag in Köln teilnehmen wird. Anfang der nächsten Woche dürften auch die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin berufen werden, um sie über den Stand der gegenwärtigen außenpolitischen Lage zu unterrichten.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten

Eigener Fernsprechkonferenz des „Wilsdruffer Tageblattes“. Berlin, 23. September. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute nachmittags den Reichsaußenminister Dr. Stresemann zum Bericht über die Genfer Verhandlungen.

zu diesem Kurse an das Reich verkaufen kann, ist 500 Mark; dies entspricht 20 000 Mark Nennbetrag der alten Anleihen. Der Ankauf wird vom 4. Oktober d. J. an durch die Finanzämter vorgenommen. Die Anleihegläubiger, die ihre Anleiheablösungsschuld und ihre Auslosungsrechte verkaufen wollen, müssen sich zunächst bei der Polizeibehörde eine Bescheinigung über ihr Alter, ihre Reichsangehörigkeit und ihren inländischen Wohnsitz beschaffen. Auf Grund einer solchen Bescheinigung können sie den Verkaufsantrag bei dem Finanzamt, das für ihre Einkommenbesteuerung zuständig ist, stellen.

Der Verkauf der Anleiheablösungsschuld und der Auslosungsrechte empfiehlt sich vor allem für die Personen, die ein Einkommen von mehr als 800 Mark haben. Für die übrigen dürfte es zweckmäßiger sein, die Ablösungsschuld und die Auslosungsrechte zu behalten, weil sie im Falle der Bedürftigkeit im Sinne des Anleiheablösungsgesetzes einen Anspruch auf eine laufende Vorzugsrente haben, deren Bezug für sie vorteilhafter ist als der Verkauf.

Aus dem Tornadogebiet.

Typhusepidemie in Miami. Die durch den Wirbelwind heimgesuchte Stadt Carnation gleicht einem Trümmerhaufen. Zwei Hotels, die Zollamtsgebäude, zwei Banken und die elektrischen Kraftwerke sind eingestürzt. Die Stadt ist ohne Licht.



Nach dem etwa einstündigen Vortrag dankte der Reichspräsident dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann für seine mühevollen Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die jetzt angeknüpften Verhandlungen zur Lösung der noch schwebenden schwierigen Fragen und zur baldigen Befreiung des Rheinlandes und des Saargebietes führen möchten.

Abrüstungskonferenz September 1927?

Eine bessere Atmosphäre in Europa.

Die Völkerverbundversammlung hielt eine Vollversammlung, in der in erster Linie die Frage der Einberufung der Internationalen Abrüstungskonferenz besprochen wurde. Der französische Delegierte Paul-Boncour legte eine Entschließung vor, welche fordert, daß die Abrüstungskonferenz außer im Falle materieller Unmöglichkeit vor September 1927, also vor der 8. ordentlichen Völkerverbundversammlung, einberufen werde. Paul-Boncour erinnerte an alle Bemühungen des Völkerverbundes, die Vorbedingungen für eine allgemeine Verminderung der Rüstungen zu schaffen. Diese Bemühungen mögen unermüdet fortgesetzt werden. Das Abkommen von Locarno habe den Weg dazu gebahnt und eine neue bessere Atmosphäre in Europa geschaffen. Die vorbereitende Kommission habe zusammen mit der technischen Unterkommission bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet, so daß die Einberufung der Konferenz vor der nächsten Völkerverbundversammlung möglich erscheine und tatsächlich auch vorgenommen werden sollte.

Nach kurzen Ausführungen des rumänischen Vertreters wurden die Berichte und Resolutionen von der Versammlung angenommen, die im wesentlichen folgenden Inhalt haben: Die Völkerverbundversammlung hofft, daß die Abrüstungskonferenz zusammenzutreten wird, sobald die politischen Umstände das gestatten. Das Datum ist von dem Völkerverbundrat festzusetzen. Die Frage der Abrüstung kann aber nicht auf einmal gelöst werden. Bei fortschreitender allgemeiner Sicherheit muß auch die Abrüstung fortschreiten. Es kann sich deswegen nicht um eine einzelne Abrüstungskonferenz handeln, sondern dieser müssen weitere folgen. Die Aufgabe der ersten Konferenz ist vor allem, für eine bestimmte Zeitspanne jedes weitere Beträgen zu verbieten. Unter diesen Umständen soll die erste Abrüstungskonferenz nach Möglichkeit vor der Herbsttagung des Völkerverbundes im Jahre 1927 zusammentreten, falls dies nicht aus technischen Gründen unmöglich ist.

Die „Associated Press“ meldet, wird die zwangsweise Abfederung der überlebenden Bevölkerung aus Moorhaven erwogen, da die rasche Verwesung der noch ungeborgenen Leichen den Ausbruch einer Epidemie befürchten läßt.

Nach Nachrichten des amerikanischen Roten Kreuzes ist in Miami eine Typhusepidemie ausgebrochen. Ein Flugzeug mit den notwendigen Medikamenten sei eilfertig dorthin abgegangen. — In der Marineflottille von Pensacola sind bei dem letzten Wirbelsturm 35 Flugzeuge im Werte von über 1 1/2 Millionen Dollar zerstört worden.

Der Orkanschaaden in Westindien.

Der durch den Orkan in Turks Island angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million Pfund Sterling geschätzt. Nach amtlichen Mitteilungen wurde jedes Haus entweder zerstört oder beschädigt. Eine Flutwelle, die sich bis weit in das Binnenland ergoß, vollendete das Werk der Zerstörung. Die Salzseen sind völlig ruiniert und der Wiederaufbau der Salzindustrie wird mindestens sechs Monate in Anspruch nehmen. Die Bevölkerung flüchtet sich in die Wälder. Da auch die Ernte vernichtet ist, ist die Lebensmittelversorgung ernstlich gefährdet. Die Not der Einwohner ist um so größer, als erst vor einigen Wochen ein Orkan in Jamaica wütete, dessen Folgen noch nicht überwunden waren. Es wurde eine Geldsammlung organisiert und die Regierung hat Arbeiter und Holz zum Bau neuer Häuser entsandt.

Ende der Diktatur in Spanien?

Der Konflikt mit den Artillerieoffizieren. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Madrid, daß in den letzten Tagen ein großer Fortschritt bezüglich der Bildung einer neuen spanischen Regierung und einer Neuorientierung der spanischen Außenpolitik gemacht sei. Spanien würde bald seinen alten Platz unter den Nationen wieder einnehmen. Die Beratungen zwischen der Regierung und dem König in San Sebastian sind in aller Stille vor sich gegangen und General Primo de Rivera ist plötzlich wieder nach Madrid zurückgekehrt. Aus verschiedenen Gründen sei anzunehmen, daß